

Buchbesprechungen

Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, Verlag Leske + Budrich, Opladen 2000, 288 S., 39 DM.

Spätestens seit der Green-Card-Initiative von Bundeskanzler Schröder ist die Debatte um Einwanderung wieder in Bewegung geraten. Politisch wird nun diskutiert, was sich faktisch schon seit Jahrzehnten nicht verleugnen lässt: Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland, und dieser Tatsache gilt es auch politisch gerecht zu werden. Gespeist wird der neue Einwanderungsdiskurs durch die vermeintlich ökonomischen Erfordernisse, zu deren erstem Anwalt sich die Regierung der „Neuen Mitte“ gemacht hat. Nicht die real zu verzeichnende Einwanderung der letzten Jahre, die politisch (auf Kosten der MigrantInnen) zumeist als Asylmissbrauch diffamiert wurde, hat zu diesem Sinneswandel geführt, sondern die offensichtlichen ökonomischen Interessen von Politik und Wirtschaft angesichts einer ungünstigen demographischen Entwicklung der einheimischen Bevölkerung.

Die urplötzliche Erkenntnis der Regierung, dem grassierenden Neofaschismus endlich entschlossen entgegenzutreten und die Debatte um ein mögliches Einwanderungsgesetz, dem sich selbst die CDU/CSU nicht mehr völlig entziehen kann, haben ihren Ursprung in einem neu entdeckten Wettbewerbsfeld - dem Wettbewerb um die weltweit besten Arbeitskräfte. Der Zusammenhang von Globalisierung und Zuwanderung wird hier offensichtlich und genau ihm widmet sich das Buch von Butterwegge/Hentges.

In siebzehn Beiträgen und vier thematischen Kapiteln werden die verschiedenen Facetten des Themas in den Blick genommen, wobei zwischen den einzelnen Beiträgen eine sehr große Spannweite von theoretisch-analytischer Diskussion und konkreter Alltagserfahrung zu verzeichnen

ist. Quasi als verlängerte Einleitung und als Problemaufriss dienen die ersten drei Beiträge des Bandes (Galtung, Nuscheler und Angenendt), die den Zusammenhang von Globalisierung und Migration untersuchen. Während Galtung gemäß seinem theoretisch-empirisch erarbeiteten Migrationsmodell vor allem eine stetige Wanderung aus dem armen Süden (bzw. Osten) in den reichen Norden (bzw. Westen) erwartet, macht Nuscheler darauf aufmerksam, dass tatsächlich nicht Westeuropa und die USA die Hauptaufnahmeländer der weltweiten Migration sind, sondern „die große Mehrheit der auf 130 Mio. geschätzten Migrant(inn)en innerhalb des Südens unterwegs ist“. Nichtsdestotrotz ist es die Abschottung der reichen Länder des Nordens und Westens, die die Lage für die MigrantInnen verschärft und den Kreislauf von Armut und Wanderung in Gang hält. Die Entwicklung der globalisierten Welt führt dabei zu einer Aufspaltung und Klassendifferenzierung der Migration selbst. Während Manager, Ingenieure, Wissenschaftler und Angehörige hoch qualifizierter Berufe zu den tendenziell umworbene MigrantInnen gehören, bleibt für die geringer Qualifizierten allenfalls die Hoffnung, als billige Arbeitskraft der Industrien des Westens und Nordens unterzukommen oder als so genannte „Illegale“ der heimischen Armut zu entkommen. Dieser Unterscheidung verschiedener Migrationstypen schließt sich auch Angenendt an, wobei er darauf verweist, dass nicht bei allen Formen, ja nicht einmal bei der Mehrzahl, die Globalisierung als entscheidendes Movens betrachtet werden kann. Arbeitsmigration, Familiennachzug und Fluchtbewegungen hat es schon

immer gegeben, sie hängen jedenfalls nicht einzig mit der neuen Qualität der Globalisierung zusammen. Als sicher gilt den drei Autoren eine Verstärkung der konstant hohen Migrationsbewegungen. Als notwendiger Schritt zur Problembearbeitung wird das Konzept der „global governance“ angesehen, da die einzelnen Staaten das Problem nicht allein bewältigen können. Dieser sympathische Appell verkennt jedoch einerseits die tatsächliche Konkurrenzsituation der reichen Länder, beispielsweise um die am besten ausgebildeten MigrantInnen. Andererseits gibt es bereits eine internationale Zusammenarbeit zum Thema Migration, wie sich nicht zuletzt am Schengener Abkommen feststellen lässt. Diese zielt allerdings auf eine Absicherung der Festung Europa und somit auf den Ausschluss der Zuwanderungswilligen.

Den Ursachen von Flucht und Migration widmen sich drei weitere Aufsätze, wobei Christian P. Scherrer den Blick vor allem auf die innerstaatlichen Konflikte im Zusammenhang mit Ethnizität und Massengewalt richtet. Nicht Kriege und Gewalt zwischen den Staaten, sondern solche innerhalb derselben sind nach Scherrer der Grund für vielfältige Flucht- und Migrationsbewegungen. Ein großer Teil dieser Kriege („fast zwei Drittel“) sind demnach ethnisch interpretierbar. Ethno-Nationalismus erscheint bei Scherrer als Folge des Kolonialismus und der sich anschließenden Dekolonisierung. Der Widerstand gegen die koloniale Herrschaft habe sich vor allem entlang der Ethnien organisiert und diese (ethnischen) Grenzziehungen seien auch heute die Ursache vieler Konflikte. Problematisch erscheint hier, dass die Kategorie der „Ethnie“ durch Scherrer weder definiert noch hinterfragt wird, sondern als natürliche Kategorie erscheint. Für ihn ist gerade die Verleugnung von Ethnizität und Ethno-Nationalismus und ihre „Reduzierung“ auf ökonomische Partikularinteressen ein Teil des Problems. Unterschieden wird ein vermeintlich moderner, fortschrittliche Inhalte transportierender und rationale Antworten gebender Ethno-Nationalismus von unten gegenüber einer Ethnisierung von oben. Argumentiert wird so aber nur gegen einen angeblich manipulativen Gebrauch von Ethnie, die als Kategorie selbst nicht problematisiert wird. Um Missverständnisse im Sinne einer Naturalisierung sozialer Konflikte zu vermeiden, wäre eine genauere Bestimmung dessen, was hier unter Ethnie verstanden wird, unbedingt erforderlich.

Als äußerst einseitig und wenig reflektiert erweist sich der Beitrag von Hamide Akbayir/Monika Morres über die Hintergründe von Flucht und Migration am Beispiel der KurdInnen. Zwar wird der Zusammenhang zwischen kurdischer Migration und der aggressiven türkischen Politik gegen die Kurden deutlich herausgearbeitet; kein kritisches Wort gibt es jedoch zur teilweise fatalen Politik der PKK, die gerade in den letzten Jahren begann, selbst ethnische Zuschreibungen zu verwenden und die soziale Interpretation des Konfliktes zugunsten einer ethnisierenden Sichtweise verschob.

Mit einem speziellen Blick auf Migrantinnen geht Annette Treibel der zunächst irritierenden Frage nach, ob Migration auch als eine Form der Emanzipation begriffen werden kann. Anhand unterschiedlicher Motivationen zur Migration von Frauen (Flucht, Arbeit, Heirat) untersucht Treibel deren jeweilige Situation im Aufnahmeland. Frauen werden hier nicht zuerst als Opfer, sondern als aktiv handelnde und mit unterschiedlichen Emanzipationsvorstellungen behaftete Menschen gesehen. Migration kann dabei eine Möglichkeit zur Emanzipation sein, die jedoch von Treibel weiter als üblich gefasst wird.

Der europäischen und vergleichenden (USA) Perspektive des politischen Umgangs mit Flucht und Migration dient ein weiteres Kapitel des Buches. Claudia Roth und Mark Holzberger verdeutlichen dabei den Stand des heutigen europäischen Flüchtlingssschutzes, der gerade in jüngster Zeit von einigen Ländern in Frage gestellt wird. Deutlich wird hier der Mär der liberalen deutschen Migrationspolitik widersprochen, die laut Roth/Holzberger die europaweit restriktivste Anerkennungspraxis bei Asylsuchenden beinhaltet und unterhalb des völkerrechtlichen Standards angesiedelt ist, weshalb die Bundesrepublik von britischen Gerichten nicht länger als „sicherer Drittstaat“ anerkannt wird.

Wolfgang Grenz' Bilanz der rot-grünen Ausländer- und Asylpolitik fällt zwiespältig aus. Positiv werden Reformvorhaben wie die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts oder das eigenständige Aufenthaltsrecht für Ehegatten bewertet. An vielen Stellen überwiegt jedoch die Kontinuität der restriktiven Politik. Großbritannien, die USA und Österreich rücken in den nächsten Aufsätzen in den Blick, womit Parallelen und Unterschiede zur deutschen Entwicklung verdeutlicht werden. Karen Schönwälder benennt den wichtigsten Unterschied des deutschen und

des britischen Nationenverständnisses: Während die britische Nation sich als Wertegemeinschaft versteht, ist es in Deutschland der Bezug auf Tradition und Schicksal, der dominiert. Für den Umgang mit Einwanderung hat dies völlig unterschiedliche Konsequenzen. Bei gleicher Abschottungspolitik wie in Deutschland bemüht man sich in Großbritannien um eine intensive politische und soziale Integration der bereits Eingewanderten, wogegen in Deutschland auch die seit Jahrzehnten hier lebenden MigrantInnen mit einem Sonderrecht behandelt werden. Auch im Verhältnis zu den USA verweist Bernhard Santel auf die Besonderheit des deutschen „Blutsrechtes“ (*ius sanguinis*), das bei allen parallelen Entwicklungen den entscheidenden Unterschied ausmacht. Dieses völkische Verständnis der Nation findet sich wiederum in Österreich und ist dort, wie Gudrun Hentges nachweist, die Basis der so genannten Volksgruppenpolitik. Nicht die individuelle rechtliche und soziale Absicherung der Einwanderer steht hier im Mittelpunkt, sondern die Rechte der „Volksgruppen“, die als homogene ethnische Einheiten aufgefasst werden. Mit einem solchen völkischen Verständnis kann auch eine Partei wie die FPÖ zum Anwalt der Minderheiten werden.

Den Perspektiven einer multikulturellen Demokratie widmen sich die nächsten drei Aufsätze, wobei Anton Rütten einige konkrete integrationspolitische Ansätze des Landes Nordrhein-Westfalen vorstellt. Das Konzept der Multikulturalität selbst wird von Mark Terkessidis und Erol Yildiz diskutiert. Terkessidis' sehr anregende Untersuchung geht den Ursprüngen der „kulturalistischen Wende“ in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts nach. Der biologistische Rassismus erfuhr schon hier eine Modifizierung, und ein spezifisches (anthropologisches) Verständnis von Kultur, das sich dann erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchsetzte, machte sich bemerkbar. Nicht der „rassistisch“ Minderwertige, sondern der kulturell Andere steht im Mittelpunkt dieses Verständnisses, und mit dieser Definition des Anderen entsteht auch ein neues Bild des Selbst, der eigenen Kultur, die es gegen diesen Anderen zu schützen gilt. Deutlich wird bei Terkessidis die Nähe des so verstandenen Multikulturalismus zum neuerechten Konzept des Ethnopluralismus. Nicht die kulturelle Repräsentanz „des Anderen“, sondern die politische Partizipation der Marginalisierten müsse jedoch im Mittelpunkt einer emanzipati-

ven Politik stehen. Für Yildiz ist es hingegen die mit unterschiedlichen Lebensstilen, Milieus und Kulturen versehene postmoderne Gesellschaft, die Multikulturalität quasi „strukturell erzeugt“. Nicht die Ethnizität ist es bei Yildiz, die Multikulturalität hervorbringt, sondern die Vielfalt der Lebensstile. Dieses sympathische Verständnis wird jedoch dort überfrachtet, wo diese Form der Multikulturalität zum Antrieb einer weiteren Demokratisierung der Gesellschaft erhoben wird. Lässt sich tatsächlich von einer zunehmenden formalen Gleichheit bei gleichzeitiger Pluralität der Lebensstile sprechen? Weltweite Moden, Trends und Stile lassen auch das Gegenteil vermuten. Und dass die Globalisierung, wie Yildiz behauptet, „kulturelle und politische Demokratisierungsprozesse verstärkt“ und zum Entstehen einer „globalen Zivilgesellschaft“ beiträgt, wird sich empirisch kaum belegen lassen.

Um die Integration in Kommunen und Arbeitsmärkte geht es im letzten Abschnitt des Bandes. Peter Kühne und Kadri Akkaya geben anhand der Städte Köln und Dortmund zwei konkrete Beispiele für Ansätze und Probleme solcher Integrationen, bevor Christoph Butterwegge im letzten Beitrag nach dem Verhältnis von Zuwanderung und Wohlfahrtsstaat im Zeichen der Globalisierung fragt. Dem neoliberal motivierten Druck auf den Wohlfahrtsstaat wird von interessierter Seite die Zuwanderung als weitere Belastung anbei gestellt. Butterwegge warnt jedoch vor dem rein ökonomischen Kontext, in dem die gegenwärtige Debatte um Einwanderung stattfindet, weil so dem grassierenden Rassismus keineswegs die Grundlage entzogen werde. Auch hier stehen die „nationalen Interessen“ im Mittelpunkt des Diskurses. Ergänzt und zugespitzt wird die Globalisierungsfrage durch die „Standortdebatte“, in der das Gewicht auf die nationale Wirtschaftsgemeinschaft in ihrer internationalen Konkurrenz gelegt wird. Hier spielt dann auch wieder die Ethnisierung eine größere Rolle, mittels derer festgelegt wird, wer zu dieser Gemeinschaft gehören darf und wer nicht. Die Frage der „nützlichen Einwanderung“ ist ganz dieser Standortlogik verpflichtet und sie wird, wie Butterwegge vermutet, „weniger Humanität und den Abschied von moralischen Kategorien“ bringen.

*Gerd Wiegel,
Marburg/L.*

Wolfgang Schroeder, Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand, Westdeutscher Verlag, Opladen 2000, 420 S., 59,80 DM.

Um „das Modell Deutschland auf dem Prüfstand“ soll es gehen bzw. – so präzisiert der Untertitel – um eine Untersuchung „zur Entwicklung der industriellen Beziehungen in Ostdeutschland“. Mit dieser Verknüpfung stiftet der Autor (oder ist es der um griffige Titel bemühte Verlag?) ein wenig Verwirrung. Denn es ist sehr die Frage, ob man mit der Fokussierung auf seine Wirksamkeit bei der Entwicklung industrieller Beziehungen in Ostdeutschland das angemessene Prüfprogramm zur Bestimmung des aktuellen Zustands des „Modell Deutschland“ wählte, das ja mehr umfasst als das „deutsche Modell industrieller Beziehungen“. Denn mit Blick auf die ostdeutschen industriellen Beziehungen lässt sich mit starken Argumenten behaupten – und das ist auch die Quintessenz des Autors –, dass es ohne die „Dominanz der externen Pfadabhängigkeit“ der ostdeutschen Entwicklung von der westdeutschen Vorlage dort heute weit weniger wirksame industrielle Beziehungen gäbe als es schließlich der Fall ist. Und mit Blick auf das „Modell Deutschland“ lässt sich bezweifeln, ob es im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung – wenn überhaupt – gerade die industriellen Beziehungen sind, die dieses Modell in Frage stellen.

Diese Bedenken, die Titel und Untertitel nahe legen, finden – das sei hier vorweggenommen – in dem Buch selbst keine Nahrung. Die Ebenen des „Modell Deutschland“ und des „deutschen Modells industrieller Beziehungen“ sind sauber unterschieden und zueinander in Beziehung gesetzt. Dabei steht die Letztere eindeutig im Mittelpunkt. Der Verfasser bietet eine materialreiche und zugleich theoretisch anspruchsvolle Untersuchung des Entstehungsprozesses industrieller Beziehungen in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie, die zwar im Kontext der theoretischen Auseinandersetzung mit dem „Modell Deutschland“ und seinen Entwicklungsaussichten verortet wird, ohne aber diesen Zusammenhang kurzzuschließen. Weder wird der unmittelbare Gegenstand als bloßer „Fall“ einer allgemeineren Tendenz traktiert; noch wird er mit zu viel Weiterungen für die Entwicklung des „Modell Deutschland“ überfrachtet. Das freilich ist wesentlich auch schon ein empirisches Ergeb-

nis. Denn als eine Quintessenz seiner Analyse sieht der Verfasser nicht einen grundlegenden Wandel des deutschen Modells industrieller Beziehungen, sondern „dessen Bestätigung in modifizierter Form“.

Die Untersuchung zielt als „institutionengenetische und prozessorientierte Fallstudie“ auf die Rekonstruktion jenes Entstehungsprozesses aus dem Wechselspiel von vorhandenen Strukturen und Orientierungsroutinen, Akteursinteressen und strategischen, vor allem aber auch situativen Handlungsoptionen. Das entspricht in hohem Maße Giddens' Theorie der Strukturierung; der Verfasser selbst knüpft hier verweisend an die Corporate-Governance-Debatte und den akteurszentrierten Institutionalismus an. Zu diesem Zweck wird zunächst der Ursprungskontext analysiert, aus dem heraus die Akteure beider Gesellschaften in den Vereinigungsprozess eintraten.

Deutlich wird dabei: Der Institutionentransfer und die damit begründete „externe Pfadabhängigkeit“ bündelten unterschiedliche, aber in hohem Maße kohärente Orientierungen: das am Wohlstandsmodell der westdeutschen Bundesrepublik ausgerichtete Anschlussinteresse der ostdeutschen Bevölkerung und das machtgestützte, gemeinsame Stabilitätsinteresse westdeutscher Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, sich das bewährte Regulierungsmodell durch den Vereinigungsprozess nicht durcheinander bringen zu lassen. Kolonisierungsthesen finden vor diesem Hintergrund keine Grundlage. Deutlich wird aber auch, und das ist mindestens ebenso wichtig: Flexibilisierungs- und Teilerosionstendenzen im Flächentarifvertrag als zentralem Regulierungsinstitut des westdeutschen Modells industrieller Beziehungen, die oft dem Vereinigungsprozess zugeschrieben werden, reichen weiter zurück, mit der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche und dem Tausch Arbeitszeitverkürzung gegen Flexibilisierung Mitte der achtziger Jahre als Schlüsseldatum.

Die Analyse der Verbändeentwicklung und der Tarifpolitik in Ostdeutschland in den neunziger Jahren – der eigentliche Kern der Untersuchung – dokumentiert vor allem zwei grundlegende Entwicklungen: die Relativierung des beim Institutionentransfer bestimmenden Stabilitätsinteresses durch die Arbeitgeberverbände, die im Zuge der ökonomischen Vereinigungskrise die zunächst zurückgestellten Flexibilisierungsbestrebungen in den Vordergrund stellten, mit der

ostdeutschen Arena als Experimentierfeld und Türöffner; und den Wechsel von einer primär außergesteuerten zu einer in den betrieblichen Strukturen und Akteurskonstellationen in Ostdeutschland selbst begründeten Entwicklung gerade in diesem Punkt. Die fristlose Kündigung des Stufentarifvertrags 1993 und die auf diese Weise durchgesetzte Härtefallregelung markieren den Umschlagspunkt dieser ersten Entwicklung. Die Grundlage der zweiten bilden Verbandsflucht und ein im Ergebnis niedriger Organisationsgrad der ostdeutschen Arbeitgeber, eine am Ziel einer möglichst weitgehenden Verbetrieblung ausgerichtete Politik ostdeutscher Arbeitgeberverbände und eine verbreitete Tendenz zu betrieblichen Flexibilisierungscoalitionen, die an Kooperationsorientierungen aus der Zeit vor 1989 anknüpfen können. Wichtig in diesem Zusammenhang der Hinweis auf den Zusammenhang von Organisationsgrad und Unternehmensstruktur: Betriebliche Einkapselung und Verbandsferne charakterisiert in erster Linie das Verhalten kleiner Betriebe, die aber - anders als in Westdeutschland - die ostdeutsche Industriestruktur vorrangig prägen.

Die Schlussfolgerungen des Verfassers verstehen sich von daher als Zwischenbilanz. In dieser erscheint das westdeutsche Modell industrieller Beziehungen in seiner Regulierungskapazität im Kern als bestätigt, und zwar unabhängig davon, ob die Spezifika seiner ostdeutschen Ausprägung sich als Übergangserscheinungen oder als dauerhaft erweisen sollten. Es gibt über Einzelfälle hinaus keine Anzeichen dafür, dass die Konstellation in den alten Bundesländern von dieser Seite her ernstlich infrage gestellt werden könnte. Eine relativ dauerhafte und stabile Koexistenz als Zentrum und Peripherie erscheint von daher durchaus nahe liegend.

Grundsätzlich andere Fragen stellen sich, wenn die hier eher lose angekoppelte Frage nach der Entwicklung des „Modells Deutschland“ und den für diese bestimmenden Faktoren ins Zentrum gerückt wird. Abgesehen von der Analyse des westdeutschen Ursprungskontexts hat es der Verfasser hier klugerweise bei Verweisen auf die wesentlichen Ansätze von Theorien unterschiedlicher Kapitalismen und auf die „Hausnummern“ Globalisierung und neoliberaler Umbau belassen. Über die Zukunft des „Modells Deutschland“ wie des deutschen Modells industrieller Beziehungen - so kann man das Ergebnis der Studie unter der weiteren Perspektive resümieren -

entscheidet nicht die Entwicklung der industriellen Beziehungen in Ostdeutschland; es ist vielmehr umgekehrt.

*Jürgen Kädtler,
Göttingen*

Carola Stern, Doppelleben. Eine Autobiographie, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2001, 317 S., 39,90 DM.

An der Schwelle zum Alter bekannte Fontane reichlich optimistisch: „Ich fange erst an... Nichts liegt hinter mir, alles vor mir.“ Ganz so fidel äußert sich die Publizistin Carola Stern nicht, aber zweifellos gehört auch sie zu denen, die das Älterwerden und Ältergewordensein nicht nur als Last verstehen. Insofern blickt sie gegen Ende ihrer „Doppelleben“ betitelten Autobiographie in den Sonnenuntergang, sich selbst und anderen Mut machend - trotz des Alleinseins, trotz schwerer Operation und trotz all der Molestien, die das Alter mit sich bringt. Carola Stern schreibt aus ihrer Privatheit heraus, das macht sie kenntlich und wiedererkennbar in ihrer Generation. Sie blickt auf ihre Begeisterungsfähigkeit zurück, befragt sich nach Fehlern und Irrtümern, bekennt sich zu einem inneren Lernprozess als eine glaubend Gläubige, die von sich sagt, sie sei Atheistin. Vor allem aber ist Carola Stern eine politische Publizistin. Ihr berufliches Leben zunächst als Verlagslektorin, anschließend als Journalistin, war der Politik gewidmet. Mit Haut und Haaren versank sie darin. Sie bewunderte Brandt und seine Ost- und Entspannungspolitik, sie engagierte sich für die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition in Bonn, war befreundet mit wichtigen Protagonisten dieser Ära und kannte - überhaupt - Gott und die Welt. Carola Stern wurde in dieser Zeit für ein politisch interessiertes Publikum zu einem Begriff für einen engagierten Meinungsjournalismus, der sich zu seiner Parteilichkeit bekannte und keinem Streit aus dem Wege ging. Sie polarisierte in diesen Jahren, wusste darum - und jeder, der sie damals kennen lernte, musste sich irgendwann fragen: Mag ich diese Frau oder mag ich sie nicht? Ein Dazwischen gab es nicht.

Nun ist der Mensch nicht mit seinem Beruf verheiratet, auch wenn man bei Journalisten manchmal den Eindruck haben könnte. Carola Stern, die eigentlich Erika Assmus hieß, hat ein

Leben hinter sich, das exemplarisch zu nennen ist für die Irrungen und Wirrungen ihrer Generation. Aufgewachsen auf Usedom als einziges Kind, der Vater früh verstorben. Die Zeit zwischen den Kriegen, Schule, Hitlerjugend, Erika - die Jungmädelführerin, begeistert vom Gemeinschaftsleben in der Gruppe. Später, lange nach dem Krieg, wird sie selbstanklägerisch immer wieder auf diese frühe Phase ihres Lebens zurückkommen. Nach Kriegsende gerät sie nach Ostberlin, lässt sich vom amerikanischen Geheimdienst anwerben zum Eintritt in die SED. Im Gegenzug versorgen die Amerikaner die sterbenskranke Mutter mit Medikamenten - eine Geschichte so abenteuerlich wie am Ende auch traurig. Erika Assmus wird von der SED auf die Parteihochschule geschickt. Sie liest die Klassiker Marx, Engels, Lenin - vor allem aber Rosa Luxemburg. Sie wird denunziert, flieht nach Westberlin. Zweimal versucht die Stasi sie zu entführen, Liebe und Verrat liegen dicht bei einander, fast wie in einem Kolportageroman. Doppelleben? Das meint das wohl nicht. Aus Erika Assmus wird Carola Stern. Im Rheinland lernt sie Heinz Zöger, ihren späteren, erst vor kurzem verstorbenen Mann kennen. Die Zeit am Rhein, in Köln, nennt sie ihre „besten Jahre“. Die einstige Expertin für DDR-Themen, Autorin einer ersten Ulbricht-Biographie, landet schließlich beim Radio. Im vielstimmigen Konzert der politischen Kommentatoren fällt sie auf. Sie sagt „ich“ statt „man“, sie setzt sich durch in einem damals noch vorwiegend von Männern dominierten Beruf und wird zum Vorbild für viele, die ihr nacheifern.

„Doppelleben“ - „eine Autobiographie“ - enthält eine Fülle von Fakten und Informationen, die den zeitgeschichtlichen Rahmen ausleuchten. Vorkriegszeit, Kalter Krieg, die alte Bundesrepublik - dazwischen, das heißt: mitten drin - Erika Assmus und Carola Stern. „Doppelleben“ meint aber wohl eher die Zerteilung einer Persönlichkeit - hier die streitbare bekannte Publizistin, die öffentliche Person - dort eine ins Alter hineingewachsene Frau, die über ihre Gefühle schreibt, ihr Leben Revue passieren lässt und immer wieder betont, wie wichtig ihr Freundschaften und Loyalitäten sind. Das macht vor allem die Lektüre des zweiten Teils dieses Buches reizvoll. Sie hat - ganz im Sinne des von ihr verehrten Altmeisters Fontane - jenseits der sechzig noch einmal ganz von vorne mit dem Schreiben begonnen: Ihre Biographien über Dorothea Schlegel und Rahel Varnhagen waren überaus erfolgreich. Nach der Wende siedelte sie nach Berlin über an den Schlachtensee, in die „Landschaft des Alters“, wie sie das nennt. Aber was bedeutet das schon! Sie nimmt nach wie vor lebhaft Anteil an allem, was auf der Welt, vor allem in Deutschland, passiert. Sie hadert mit dem Zeitgeist, wünscht sich, dass der sich noch einmal zu ihren Lebzeiten wandelt - und könnte es doch wiederum mit Fontane halten. Der meinte, als er in die Jahre gekommen war, das Alter sei nun mit manchem Unerfreulichen da, doch auch mit dem „Hauptschatz ruhiger, selbst heiterer Ergebung“.

*Wolf Scheller,
Köln*